



Newsletter vom 29. September 2009

Joachim Kößler MdL begrüßt Einstellung von 5.000 Lehrern / Bildungsoffensive fasst Fuß

Als „positives Signal für die Schulpolitik des Landes“ bezeichnete der Landtagsabgeordnete Joachim Kößler, dass zu Schuljahresbeginn in Baden-Württemberg 5.000 neue Lehrerinnen und Lehrer ihren Dienst aufnehmen würden. Mit dieser Maßnahme seien wesentliche Voraussetzungen dafür geschaffen worden, die anstehenden wichtigen bildungspolitischen Maßnahmen umzusetzen und zugleich den Pflichtunterricht an den Schulen zu sichern. Erfreulich sei auch, dass ein sinnvoller Ergänzungsbereich an den allgemein bildenden Schulen angeboten werden kann. Für eine verantwortliche Vorsorge für Krankheitsvertretung stünden zudem rund 17 Mio. Euro zur Verfügung. Allerdings seien hier die Schulen vor Ort zunächst gefordert, verlässliche Vertretungspläne zu erstellen, so Joachim Kößler. Er wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die deutlich gestiegene Zahl der Einstellungen möglich geworden sei, weil im Zuge der „Qualitätsoffensive Bildung“ von der CDU-Landtagsfraktion gemeinsam mit dem Koalitionspartner über 530 Millionen Euro bereit gestellt wurden, um den Klassenteiler schrittweise abzusenken. Dieser solle bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode auf 30 und danach auf 28 sinken, bereits zum neuen Schuljahr sinkt der Teiler von 33 auf 32. „Schon mit dieser ersten Absenkung des Klassenteilers schaffen wir spürbar kleinere Klassen an den Schulen im Land. Sie sind wichtige Voraussetzung für weiter verbesserte Rahmenbedingungen für einen gelingenden Unterricht an den Schulen. Davon profitieren letztlich Schüler, Lehrer und Eltern in hohem Maße“, sagte Kößler.

Angesichts der jährlichen Wachstumsraten von zwei bis vier Prozent im Schuletat bei gleichzeitig abnehmenden Schülerzahlen würde das Land ordentlich in die Bildung im Land investieren. „Diese Investitionen sind trotz der schwierigen Zeit, in der die Steuereinnahmen knapper werden, unverzichtbar. Es handelt sich um wichtige Investitionen in die Zukunftsfähigkeit des Standorts Baden-Württemberg“, so Kößler abschließend.